

3.10NEU Global denken, lokal handeln: Brandenburgs Beitrag für eine faire und friedliche Welt

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

Status: Modifiziert

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir
10 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

11 Brandenburgs Beitrag zur Beilegung militärischer Krisen

12 Während sich ausgerechnet der ehemalige Brandenburger Wirtschaftsminister Ralf Christoffers von der
13 Linken über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in Brandenburg gefreut hat und die rot-rote
14 Landesregierung die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig fördert,
15 wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

16 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
17 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
18 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
19 Mandate geplant oder geführt werden.

20 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung
21 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und
22 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen
23 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnaher Forschung bekennen. Zur Beratung
24 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der
25 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg
26 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen
27 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung
28 und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit
29 Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden. Zur Finanzierung können die
30 eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

31 Nachhaltiges und Faires Wirtschaften der öffentlichen Hand

32 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
33 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
34 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland
35 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über 3
36 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen
37 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,
38 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
39 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
40 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den

41 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden
42 hierzulande immer noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines
43 Produktes ausgerichtet.

44 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
45 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
46 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
47 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der ILO-Arbeitsnormen (Schutz
48 vor Ausbeutung, Verbot von Kinderarbeit) oder nachhaltige Bewirtschaftung wie z.B. FSC vorschreiben. Die
49 Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im
50 Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Dazu kommen die in Pensionsfonds,
51 Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir diese
52 Mittel von Anlagen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder
53 vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen.
54 Alle Brandenburger Behörden sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit EMAS-zertifiziert werden.

55 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
56 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU
57 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA gelten
58 Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende Handelshemmnisse. Zugleich sollen
59 durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren Unternehmen unnötige und gefährliche
60 Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die
61 Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen TISA wollen wir stoppen und fordern einen
62 Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen
63 Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und
64 Verbraucher*innen schützen.

65 **Die Eine Welt in Brandenburg**

66 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben oder vor wirtschaftlicher
67 Aussichtslosigkeit fliehen, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit mit den betroffenen
68 Regionen zur Bekämpfung von Fluchtursachen ***nie falsch/immer richtig***. Wir wollen nach dem Vorbild
69 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
70 Entwicklung mit einer Flüchtlingsregion eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft
71 aufbauen. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft, Kommunen, Hochschulen, Kirchen und
72 Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und Vorleistungen aufgebaut und diese
73 fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung
74 Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg
75 einbinden, auch um neue Verbindungen für den Fairen Handel und die Eine-Welt-Läden herzustellen. Ziele
76 wären z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren Energien,
77 Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit
78 unter Einbeziehung der HNE Eberswalde, der ZALF Müncheberg und dem DIFE in Potsdam-Rehbrücke.